

DIE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER * STREBE * ZUM * GANZEN * UND * KANNST * DU * SELBER * KEIN * GANZES * WERDEN
 ALS * DIENENDES * GLIED * SCHLESS * AN * EIN * GANZES * DICH * AN

REDAKTION UND EXPEDITION: CHARLOTTENBURG, CHARLOTTENBURGER UFER NR. 56 — PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 46

Charlottenburg, Freitag, den 15. November 1907

Jahrg. 34

Ausbeutung!

Der „Vorwärts“ schreibt:

Den Lesern geben in den letzten Wochen die Geschäftsergebnisse industrieller Gesellschaften Kunde von der Segensfülle der guten Zeit für die Dividendenempfänger. Schon das Vorjahr ließ einen mächtigen Goldstrom in ihre Taschen fließen. Wurden doch im Jahre 1906 nach den Zusammenstellungen des Preussischen Statistischen Amtes von 2106 Aktiengesellschaften mit 6786³/₄ Millionen Mark Aktienkapital nicht weniger als 821 460 000 Mk. Reingewinn erzielt.

Demnach stellt sich die Durchschnittsverzinsung auf 11,6 Proz. Für das Jahr 1906 und 1906/07 haben die Papierinhaber noch viel reichere Ernte gehalten; märchenhafte Gewinne wurden aus der produktiven Arbeit heraus geholt, und die soziale Lage der ohnehin durchgängig schwer reichen Dividenden- und Zantiemenempfänger hat sich ganz entschieden gebessert. Daß sie wirklich gute, sehr gute Konjunktur hatten, daß sie Riesenerträge erwarteten, die an der Erde erarbeitet haben, für die tausend andere Gesundheit, Blut und Leben opferten, die bei Ueberzeitarbeit auf Lebensgenuss und Familienleben verzichten mußten, dafür zeigen folgende Angaben aus den Geschäftsberichten einiger großindustrieller Unternehmen. Darnach betrug bei der

Gesellschaft	im Geschäftsjahr	das Aktienkapital in 1000 Mk.	die Zahl der Arbeiter	der Reingewinn überhaupt	Proz. des Kap.	pro Arbeiter
Schaller Gruben	1906	10 200	7 091	4 878 642	48	617
Nachener Hütten	1906	11 500	7 045	8 675 859	82	521
Nordstern	1906	20 000	9 856	5 771 957	18 ¹ / ₂	585
Rombacher Hütte	1906/07	88 000	6 717	4 821 575	14 ¹ / ₂	717
Essener Bergwerk	1906	8 500	8 086	2 129 285	25	701
Rh. Stahlwerke	1906/07	80 000	9 885	4 777 417	16	512
Kunze & Friede	1906/07	20 500	4 205	6 270 121	80 ¹ / ₂	1488
Hoesch A.-G.	1906/07	15 000	8 252	4 480 690	80	548
Börder Verein	1905/06	27 028	7 961	5 080 487	18 ¹ / ₂	636
Konsolidation	1906	16 000	5 628	5 157 272	82	916
Phönix	1906/07	100 000	80 944	17 908 039	18	578
insgesamt		291 728	100 070	64 420 794	22	644

Es haben also 100 070 Arbeiter 64 420 794 Mk. Reingewinn für die Aktionäre erarbeitet, jeder Arbeiter im Durchschnitt 644 Mk. — in einem einzigen Jahre!

Allerdings werden die gesamten Summen nicht sofort — an Dividende, Zantiemen und Gratifikationen — verteilt. Die Unternehmer legen von dem überreichen Segen etwas für schlechtere Zeiten zurück, viele Millionen verschwinden in die Reservefonds. Das sind die Spardbüchsen der Dividendenempfänger. Wenn der Schrecken der Krise über die Arbeiter hereinbricht, dann können die Papierinhaber aus diesen Fonds ziehen. Tausende von denen jedoch, die solche Reichtümer erarbeitet haben, irren dann hungernd, frierend, an allem Mangel leidend, auf der Landstraße umher. Die Wertschaffer fliegen hinaus, sie werden entlassen, wenn die Arbeit nachläßt, der Spartopf ist nur für die Papierbesitzer.

Man ist dabei auch noch im Irrtum befangen, wenn man annimmt, in den obigen Zahlen sei der ganze aus der Quelle der Arbeit geflossene Reingewinn enthalten. Die Unternehmer suchen die wirklichen Ueberschüsse möglichst zu verschleiern. Die Abschreibungen zu den verschiedenen Reservefonds sind aus den Geschäftsabzügen zu ersehen. Gewöhnlich wird aber gar nicht nachgewiesen, welche Beträge aus den Betriebsgewinnen entnommen und für Neuanlagen verwendet werden. Die Gesellschaften vergrößern beständig ihr Vermögen, indem sie einen

Teil des Reingewinnes nicht auszahlen, sondern für Neuanlagen verwenden. Als Illustrationsprobe für dieses Geschäftsgebahren seien folgende Zahlen angeführt: die Harpener Bergbaugesellschaft hat in der Zeit von 1900/1 bis 1906/7 ihr Aktienkapital um nominell 20 Millionen Mark, ihr Anleihekaptal um 15 Millionen Mark erhöht, ihre Betriebsmittel sind demnach um 35 Millionen Mark vermehrt worden. Demgegenüber sind die Abschreibungen reichlich hoch angesetzt. In den sieben Jahren wurden dafür 55¹/₂ Millionen Mark verwendet. Die Gesellschaft hat nun aber nicht etwa nur 35 Millionen Mark für Neuerwerbungen und Neuanlagen ausgegeben sondern rund 85 Millionen Mark, also um rund 50 Millionen Mark mehr als an neuem Aktienkapital und Leihgeld in den Betrieb hinein gesteckt worden sind. Diese 50 Millionen Mark sind ebenfalls nicht als Dividende ausgezahlter Reingewinn. Um diesen Betrag hat sich auch trotz der Abschreibungen von 55¹/₂ Millionen Mark das buchmäßige Vermögen der Gesellschaft vermehrt. Die Harpener Gesellschaft beschäftigte durchschnittlich 28 000 Arbeiter. Es sind demnach jährlich pro Kopf für Neuanlagen und Neuerwerbungen 226 Mark aus den Betriebseinnahmen verwendet worden, die nicht als Reingewinn ausgewiesen werden.

Selbstverständlich hat diese Vermögensvermehrung für die Aktionäre ihren guten Zweck. Sie bringt ihnen etwas ein. Um bei dem angezogenen Beispiel zu bleiben: Die Aktien der Harpener Gesellschaft, nominell 1000 Mark, kosteten im Durchschnitt des Jahres 1899 1786 Mark, zurzeit aber 2000 Mark. Wer damals Aktien kaufte und sie jetzt verkauft, hat neben dem Dividendengenuss, der im Laufe der Jahre sich auf 9—12⁰/₀ stellte, nun auch noch einen Kursgewinn von 32 400 Mark erzielt!

So sorgen die Unternehmer für sich. Sie können in aller Ruhe der Krise entgegen sehen, sie haben gut geerntet und ihre Spardbüchsen sind gefüllt.

Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse für die Arbeiterschaft. Sobald die lebhafteste Nachfrage am Arbeitsmarkt abflaut, geht es mit den Einkommen auch sofort kräftig herab. Und nicht nur die Jahreslöhne gehen zurück, auch der Schichtenverdienst wird gekürzt. Einige Angaben aus den obigen Gesellschaften mögen das belegen. Es betrug der Schichtenverdienst:

Gesellschaft	1900 resp. 1900/01	1906 resp. 1906/07	Rückgang des Schichtenverdienstes
Harpener	4 28 Mk.	4,10 Mk.	18 Pf.
Konsolidation	4,28	4,15	81
Essener Bergwerk	4,76	4,43	33
Konkordia	4,32	4,41	18
Hiberna	4,56	4,28	28
Gelsenkirchen	4,40	4,15	25
Schaller Gruben	4,49	4,08	51

Das sind Verdienstverminderungen, die für den Arbeiterhaushalt von sehr großer Bedeutung sind. War es aber schon bei der vorigen Krise schlimm, noch viel schlimmer wird es diesmal werden. Die Wohnungsmieten sind tüchtig gesteigert worden, die Lebensmittelpreise haben einen bedrückend hohen Grad erreicht, Fleisch, Brot, Butter, Milch, alles ist enorm verteuert worden, und in einzelnen Artikeln hält die Preissteigerung immer noch an. Das für die Ernährung unentbehrliche Getreide wird aller Voraussicht nach im nächsten Winter mit Hungersnotpreisen bezahlt werden müssen. Die Brennmaterialien sind so teuer geworden, daß für manchen Proletarier das Einheizen zum unerschwinglichen Luxus geworden sein dürfte. Da-

für wählen die Grubenkönige im Golde, sie heißen unermessliche Reichthümer ein!

Als Beigabe zu der bräutlichen Vertenerung der Lebenshaltung droht den Proletariern dank freisinniger Arbeiterfreundlichkeit nun auch ein scharfes, schneidendes Angucken der Steuerfahnde. Der letzte Pfennig muß verkennt werden.

Und dazu, als wichtigster Schlag für die Arbeiter steht ein Nachlassen der Arbeitsgelegenheit in sicherer Aussicht. Im Baugewerbe ist schon seit Monaten eine große Schar Arbeitsloser vorhanden; Maurer, Holzarbeiter, Hilfsarbeiter, Bauhelfer und Klempner werden von der Arbeitslosigkeit betroffen. Auch in verschiedenen anderen Branchen der Metallindustrie hat der Beschäftigungsgrad bedenklich nachgelassen. Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen sind schon vielfach gemeldet worden. In der Textilindustrie fängt es ebenfalls an zu kriseln. Ueberall droht das gefürchtete, schreckliche, Verarmung und Verelendung ankündigende Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Einkommensverminderung.

Das deutsche Volk hat es bei der letzten Wahl verabsäumt, der Regierung und den herrschenden Parteien für ihre Brot- und Fleischwucherpolitik, für die gesamte Wirtschaftspolitik, die trotz der guten Konjunktur bei den Arbeitern Schmalhans Rüchsenmeister sein ließ, und für die Attentate auf die Volksrechte, die einzig gebührende und notwendige Antwort zu geben. Das hat den Uebermut der Scharfmacher erklärlicherweise gestärkt. Bei ihren letzten Tagungen haben sie es unverhüllt ausgesprochen: sie wollen keine Fortführung der Sozialpolitik, sie wollen keine Verkürzung der elf- und zwölfstündigen Arbeitszeiten, sie wollen keine Fürsorge für Arbeitslose, sie wollen keinen Fortschritt, sie befehlen Rückschritt! Was heute an sozialpolitischen Einrichtungen vorhanden ist, soll zugunsten der Arbeiter verschleht werden.

Und der Vertreter der Regierung, der den christlichnational vereinigten Arbeitern Zufriedenheit und Beschcheidenheit — predigte, erklärte mit den Wünschen und Bestrebungen der Scharfmacher sich einverstanden!

Wer diese Zeichen der Zeit nicht versteht, muß mit Blindheit geschlagen sein. Die Scharfmacher werden vollen Erfolg haben, wenn die Bedrohten nicht endlich zur Besinnung kommen! Arbeiter, Genossen, beuge vor!

Die beginnenden Parlamentsarbeiten.

— Die nächsten Tage bringen uns die Wiedereröffnung der Parlamente. Eine Anzahl kleinerer Landesparlamente hat bereits die Arbeiten wieder aufgenommen. Aber im Mittelpunkt des parlamentarischen Lebens in Deutschland steht der Reichstag. Seine Pforten öffnen sich am 22. November. An jenem Tage endet die Vertagung des Reichstags, der bei seinem letzten Auseinandergehen nicht geschlossen wurde.

Ob die bevorstehende Sitzungsperiode des Reichstags eine für die große Masse des Volkes fruchtbare sein wird, dürfte schon im voraus billig zu bezweifeln sein. Im Reichstag herrscht der konservativ-„liberale“ Block. Diese Parteienbildung ist eine gegen die Interessen der breiten Massen des Volkes gerichtete, sie ist reaktionär und entwicklungsfeindlich. Man wird also irgend welche Erwartungen in diese Reichstagsmehrheit dahin gehend nicht setzen dürfen, wenn man von ihr etwas für das Volk erhoffen wollte. Die Konservativen, der stärkste Teil vom Block, sind volksfeindlich, geacht und verlesen auf die Wahrnehmung von Sonderinteressen der herrschenden Junkerfamilien. Die Nationalliberalen, nebst den dreierlei Schattierungen des „Freisinn“, sind froh, wenn man sie in der Blockgemeinschaft läßt. Unter dem Deckmantel, im „nationalen Interesse“ die Blockpolitik hochhalten, den Konservativen in allem zu Willen sein zu müssen, lassen sich am besten die Unlust und die Verzweiflung der Nationalliberalen und „Freisinnigen“ gegen jeden Fortschritt der Mehrheit des Volkes dienenden Fortschritt verzeihen. — Auch vom Zentrum kann das Volk nichts erwarten. Wahr und stark als je streben heute die Zentrumsleute nach der Regierungsmacht und sie werden sich schwer hüten, durch eine ehrliche Volksfreundschaft sich die Sympathien der Regierungsleute zu verschmerzen.

Aber auch die angekündigten Gesetzesvorlagen und Beratungsgegenstände sehen gar nicht darnach aus, als ob dabei viel für das Volk heraus kommen könnte. Zuerst wird der Staat beraten werden, dessen erste Lesung sich in Anbetracht der allgemein gespannten politischen und der viel näher Unheil verherrlichenden wirtschaftlichen Lage ziemlich lang hinzuziehen dürfte. Dann soll die Beratung des Reichsvereinsgesetzes-Entwurfs erfolgen. Wir haben auch darüber schon das Nähere berichtet.

Es ist ausgeschlossen, daß selbst der jetzige Blockreichstag den Entwurf in der von der Regierung abgefaßten Form annehmen wird. Zwar ist bei dieser Mehrheit absolut nichts voraus zu sagen, aber das werden die Blockbrüder schon heute wissen, daß die Arbeiterschaft diesen Entwurf nicht stillschweigend hinnehmen wird. Von dem Reichsvereinsgesetz wird ja auch die Wiedereinbringung des Entwurfs betreffs der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine abhängen. Gegen jenen Entwurf lief die organisierte Arbeiterschaft gleich nach seinem Bekanntwerden Sturm und sie wird ohne Zweifel ihren energischen Protest sofort und noch nachdrücklicher wiederholen, sobald dieses Monstrum von Recht von neuem aufsteht.

Nach Weihnachten sollen dann dem Reichstag eine Menge kleinere Vorlagen beschäftigen, von denen für die Arbeiterschaft in erster Linie jene besonderes Interesse erweckt, welche den heimarbeitenden Zigarrenmachern weiter reichenden Schutz verschaffen will. Der kleine Befähigungsnachweis soll den Handwerkern das Leben erleichtern, in Wirklichkeit wird er es ihnen noch mehr erschweren. Ein Entwurf über die Sicherstellung der Bauforderung ist schon lange in Vorbereitung, ob es wirklich so weit kommt, daß sich der kommende Reichstag damit beschäftigt, bleibt abzuwarten. Im allgemeinen ist das sozialpolitische Programm der Regierung äußerst dürftig und es ist fraglich, ob diese paar Brocken, die man zurecht geschnitten hat, wirklich verbaut werden können. Denn drohend hinter allen anderen Arbeiten lauern die alten Gespenster des Deutschen Reichstags: Steuervorlagen, Flotten- und Heeresforderungen. Und sie werden sich in den Vordergrund drängen, alles andere beiseite schieben, und der Blockmehrheit-Reichstag müßte sich von Grund auf verändern, wenn er in seiner Mehrheit den Wünschen der Regierung in Bezug auf neue Steuern, neue Schiffe und andere Waffen nicht voll und ganz Rechnung tragen würde.

Also Volk, tue Geld in deinenbeutel, die Forderungen daran werden nicht zu klein sein.

Die einzige Partei im Reichstag, welche ohne Rückhalt alle diese Forderungen der Regierung bekämpfen, alle Interessen der breiten Masse des Volkes aufs energischste vertreten wird, die Sozialdemokratie, steht ohne Bundesgenossen da. Aber sie wird nichts desto weniger ihre Aufgabe erfüllen. Das Volk aber, jene große Wählermasse aus den arbeitenden, leidenden, geschöpften und immer wieder besteuerten Kreisen des Volkes, das noch bei der letzten Wahl der Regierung und den Blockparteien den Nacken steifte, die Reaktion stärkte, wird nun am eigenen Leibe läsen müssen, daß es im Januar und Februar dieses Jahres zu bereitwillig der Schwindelagitation der „Ordnungs“-Parteien folgte.

Gleich nach dem Reichstag wird, am 26. November, der Preussische Landtag zusammen treten. Was dieses Dreiklassenparlament beschäftigen wird, erweckt im allgemeinen weniger Interesse. Nur auf die eventuell kommende Vorlage betreffs der Verbesserung des Landtagswahlrechts richten sich die Blicke. Aber auch das macht den Landtag nicht interessanter. Was vielmehr seiner bevorstehenden Tagung erhöhte Bedeutung verleihen wird, das ist die Aktion der preussischen Arbeiterschaft zur Erlangung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtag. Kurz vor dem preussischen Landtag, dem Parlament der einseitigsten Klassenvertreter der Besitzenden, tritt in Berlin das Parlament des preussischen Proletariats zusammen, um auf dem Preussentag seine Ansprüche und Forderungen in bezug auf die Teilnahme an der Volksvertretung in Preußen klar, unzweideutig und energisch auszusprechen.

Und was dem Preussentag folgen wird, das wird nicht nur eine Sache der Arbeiterschaft in Preußen sein, sondern daran wird die gesamte denkende zielbewußt vorwärts strebende Arbeiterschaft Deutschlands teilnehmen.

Aus dem Lager der Unternehmer.

Am 21. Oktober war in Berlin der Bund der Industriellen zusammen gekommen, um gegen einen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung Stellung zu nehmen. Der Generalsekretär des Bundes, Dr. Wendlandt, hielt einen Vortrag über die neuen sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, insbesondere über die Novelle zur Gewerbeordnung. Der baldige Wiederzusammentritt des Reichstages habe dem Bund der Industriellen und dem Zentralverband deutscher Industrieller die Notwendigkeit vor Augen geführt, vorher noch einmal unter dankenswerter Anwesenheit von Regierungsorganen die „Grenzen des Möglichen und Nützlichen“ in der zukünftigen Sozialpolitik des Reiches vom Standpunkt der Industrie aus „abzustecken“. Dringend nötig erscheint dem Referenten ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen. 1899 hätten der Kaiser, die Regierung und alle leitenden Kreise das Recht

hausgesetz machen wollen. Es sei leider gescheitert. Der Referent erörterte dann die Forderung der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit und lehnte namens des Bundes der Industriellen rundweg den Behnstundentag für Arbeiterinnen ab. Die anwesenden Delegierten stimmten ihm natürlich zu.

Am 28. Oktober fand dann auch eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin statt, ausschließlich zu dem Zwecke, um zu den sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. An der Versammlung, zu der auch die Minister v. Bethmann-Hollweg, Breitenbach, Delbrück und Freiherr von Rheinbaben mit ihren Unterstaatssekretären, der Präsident des Reichsversicherungsamts, Kaufmann, und andere offizielle Persönlichkeiten erschienen waren, nahmen über 300 Herren teil. Herr Axel Bued referierte. Natürlich hielt er eine kräftige Scharfmacherpauls. Seiner langen Rede kurzer Sinn ist nieder gelegt in einer Resolution, in der erklärt wird, daß der Zentralverband auch in Zukunft bestrebt sein werde, „eine in dem erhabenen Geiste des großen Kaisers und im Sinne des jetzigen Reichskanzlers Fürsten v. Bülow gehaltene Sozialpolitik mit bestem Willen kraftvoll zu fördern, soziale Mißstände zu beseitigen und damit der von dem Herrn Reichskanzler geäußerten Hoffnung zu entsprechen. Er tut dies unter der sicheren Voraussetzung, daß die verbündeten Regierungen in Würdigung des Umstandes, daß eine gedeihliche Politik weder in bezug auf die allgemeinen staatlichen, noch insbesondere auf die wirtschaftlichen Verhältnisse getrieben werden kann, wenn nicht den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegen getreten wird, kein ihnen zustehendes Mittel unversucht lassen werden, die Sozialdemokratie, als die gefährlichste Feindin der wahren Interessen auch des Arbeiterstandes, zu bekämpfen und in die gebührenden Schranken zurück zu weisen.“ In erster Linie kann dies nach Ansicht des Zentralverbandes auf dem Gebiet des Krankenkassenwesens geschehen. Bezüglich einer Reorganisation der Krankenkassen wird unter anderem verlangt: Erhaltung der Betriebskrankenkassen, Häufelung der Beiträge und demgemäß auch der Stimmen in den Vorständen und Generalversammlungen, Ernennung der Vorsitzenden der Ortskrankenkassen von einer dazu geeigneten Behörde, beschränkte freie Arztwahl. Die Zusammenlegung der drei großen Versicherungsarten wird zurück gewiesen, besonders in bezug auf die Unfallversicherung, und gegen die Steigerung der Beiträge zu den Reservefonds der Unfallversicherung protestiert. Bezüglich der Witwen- und Waisenversicherung wird die Bereitwilligkeit der Industrie zur Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß die Last auf den Arbeitgeber, die Arbeiter und die Allgemeinheit, letzteres in Gestalt eines Reichsausschusses, verteilt werde. Dasselbe müßte der Fall sein betreffs Deckung etwaiger Fehlbeträge bei den für die Witwen- und Waisenversicherung bestimmten Zollerträgen. Die Erklärung spricht sich ferner unter gewissen Voraussetzungen für die staatliche Pensionsversicherung der Privatbeamten aus und ist damit einverstanden, daß gewisse Bestimmungen der Arbeiterfürsorge und des Arbeiterschutzes, unter sorgfältiger Berücksichtigung der Verhältnisse und Bedürfnisse in den einzelnen Fällen, auch auf die in der Hausindustrie und Heimarbeit beschäftigten Personen angewendet werden.

Folgende Beschlüsse fanden einstimmige Annahme:

a) Der Zentralverband ist bereit, eine „gesunde, kräftige, vorurteilslose, vernünftige“ Sozialpolitik und die Abstellung sozialpolitischer Mißstände aufrichtig und opferwillig zu unterstützen. Unbeschadet dessen erachtet er sich in Wahrung der ihm anvertrauten Interessen der deutschen Industrie für verpflichtet, gegen die in den Verhandlungen des neuen Reichstags verfolgten, sehr weit gesteckten sozialpolitischen Ziele entschieden Einspruch zu erheben. b) Dieser Widerspruch richtet sich gegen jede übermäßige, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt gefährdende Belastung der Industrie durch Belastung der Industrie durch Beschränkungen und Einengungen der Betriebe, die über das von der unbedingten Notwendigkeit gebotene Maß hinaus gehen, und durch weitere Entziehung von Arbeitskräften entweder auf dem Wege direkter Ausschaltung oder weiterer Verkürzung der Arbeitszeiten oder durch Erweiterung bereits bestehender einschränkender Bestimmungen. c) Der Zentralverband erhebt insbesondere Einspruch gegen die Bestrebungen, in den Betrieben mit unvermeidlicher Tag- und Nachtarbeit durch Kürzung der Arbeitszeit die Einführung der achtstündigen Schicht zu erzwingen, weil der Lohnausfall nicht gedeckt und von den Arbeitern nicht getragen werden kann, auch die erforderlichen Arbeitskräfte fehlen. d) Ebenso betrachtet der Zentralverband deutscher Industrieller mit schweren Bedenken die Bestrebungen, die bestehende Höchstarbeit für Arbeiterinnen gesetzlich noch weiter zu beschränken. Diese Bestrebungen berühren vor allem, aber durchaus nicht allein die Textilindustrie.

e) Sollte aber aus Gründen, die außerhalb des Kreises der wirtschaftlichen Tatsachen gelegen sind und vielleicht dem Gebiet politischer Erwägungen angehören, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden, so kann ihre Einführung, damit die Industrie sich auf die veränderten Verhältnisse einzurichten vermag, nur allmählich mit einer langen Ubergangsfrist erfolgen, als welche ein Zeitraum von mindestens vier Jahren angemessen erscheint, sowie nur unter sorgfältigster Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Industrien, wobei jedenfalls weitgehende Ausnahmegesetze notwendig sein werden.

Dagegen will der Zentralverband solchen Einschränkungen der Sonntagsruhe nicht entgegen treten, die nach Begutachtung Sachverständiger durch technische Fortschritte oder sonstige dauernde und allgemeine Änderungen in den betreffenden Betrieben gerechtfertigt erscheinen, er wird ferner alle auf die Förderung von Tarifverträgen in der Industrie durch die Gesetzgebung oder durch die Verwaltung gerichteten Bestrebungen auch fernerhin bekämpfen.

Zum Koalitionsrecht der Arbeiter wird erklärt: „Der Zentralverband hat niemals irgendwie Stellung gegen das jetzt bestehende Koalitionsrecht der Arbeiter genommen, erachtet aber, daß die mehrfach im Reichstag gestellten, die Erweiterung dieses Rechtes und dessen Ausdehnung auf weitere Klassen von Arbeitern, Angestellten und Beamten bezweckenden Anträge mit den Interessen des Staates und Gemeinwohls unvereinbar sind.“

Endlich erachtet es der Zentralverband für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch besorgt sind, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter „von der Schreckensherrschaft dieser Partei und ihrer Organisationen zu befreien“.

Unerhüllter, schamloser hat das Scharfmachertum in Deutschland noch nie seine Absichten enthüllt, als es auf dieser Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschehen ist.

Der Plan der Scharfmacher geht also dahin, alle und jede ernste sozialpolitische Gesetzgebungsaktion zu Falle zu bringen, alle sozialpolitischen Reformen zum besten der Scharfmacher zu wenden, geringe Konzessionen an die Arbeiterschaft aber, die in Rücksicht auf den Bestand des konservativ-liberalen Blocks gemacht werden müssen, gegen ein Zuchthausgesetz einzutauschen.

Das haben wir also von der Blockära zu erwarten: Eine Verschlechtung der Arbeiterversicherung, sozialistische Scheinkonzessionen und ein Zuchthausgesetz!

Die Unternehmer rüsten, kommen wir ihnen mit unseren Rüstungen zuvor. Denn letzten Endes werden die Scharfmacher mit ihren Bestrebungen doch nur Erfolg haben, wenn wir es an der nötigen entschiedenen Vertretung unserer Interessen haben fehlen lassen. Also an die Arbeit!

Verbandsangelegenheiten.

Sperrren.

Bollsperrren in Deutschland: Blankenhain (Fasolt und Cigel). Blechhammer bei Sonneberg. Bod u. Leich bei Wallendorf (Fasolt & Stauch). Cortendorf. Dresden (Drammler & Co.) Düsseldorf (Herbord & Trömmel, Hohmann). Fürstenberg a. M. Höhr (für alle Firmen). Hornberg. Leipzig (Gräß & Co. Leipzig-Schleusig). Kranichfeld. Lauf. Neustadt bei Coburg (Heber & Co.). Reichenbach (Schwabe). Schornberg. Selb (B. Huttenreuther inkl. Firma Jäger & Berner). Sigendorf (Gebr. Voigt A.G.). Sorau. Staffel. Stogheim. Teltow. Unterweißbach und Volksfeldt (Mann & Porzelius). Göppingen (Emaillierwerk).

Halbsperrren in Deutschland: Alexandrintal (Rednagel) Bonn (Mehlem). Fildersheim a. M. Freienorla. Grafenroba (Heene, Heißner, Ebert & Menz). Königszell. Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Paffau. Rudolfsbad (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Altrohlan (Gottl & Lorenz). Fischera (R. Anoll). Vessau (Lichy & Schönfeld). Meterhöfen bei Karlsbad (Gebr. Benedikt). Merkersgrün. Oberlaa bei Wien (Pilar). Prag für Industrie- und Figurenmaler. Turn-Teplitzer Gebiet (alle keramischen Betriebe).

194. Vorstandssitzung vom 30. Oktober 1907.

Wollmann auf Reisen; entschuldigt fehlen Frosch und Burmann; ohne Entschuldigung fehlt Hofmann.

Von Staffel wird lebhaftes Klage geführt über fortgesetzte Entlassungen, welche merkwürdigerweise immer Zahlstellen-Funktionäre betreffen und welche von den Mitgliebern als Maßregelungen aufgefaßt

werden. Außerdem sollen trotz des abgeschlossenen Vertrages Lohnreduktionen vorgekommen sein. Unter diesen Umständen wird beschlossen, Staffel wieder zu sperren. — Die Firma Brammer & Co. in Dresden wird gesperrt und den in Frage kommenden Mitgliedern Verwaltungs-Maßnahmen gegeben. — Die Firma Hasolt & Siegel Blankenhain hält an dem 20 pCt. Lohnabzug den Fondsprüchern gegenüber fest. Demzufolge wird die Malerei dieser Firma gesperrt und den Mitgliedern werden Verwaltungs-Maßnahmen gegeben. — Der Streit bei Herboldt & Erdmmer, Düsseldorf, wird für beendet erklärt; wegen Aufhebung der Sperre soll Rückfrage erfolgen. — Die Differenzen bei Siby, Düsseldorf sind ebenfalls beendet; die Sperre wird aufgehoben. — In Angelegenheit 11474 Düsseldorf soll der Verwaltung die Auffassung des Vorstandes übermittelt werden. — Zwei Mitgliedern in Öppingen wird Unterstützung nach § 21 Abs. 15 des Statuts bewilligt. — Ein Antrag des Gaulters, den Telefon-Anschluß im Gaudureau betreffend, wird unter entsprechender Begründung vorläufig abgelehnt. — Zuschrift von Lambach wird zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 4292 wird die Genehmigung zum Kündigung des Arbeitsplatzes gegeben und Fahrgeher bewilligt. — Den Mitgliedern 7189 Hauptkasse und 9888 Schorndorf wird Voraussetzungsweise Unterstützung bewilligt. — In Angelegenheit 4851 Schorndorf wird Rückfrage beschlossen. — Dem Mitglied 9517 Egenord wird 1 M. wöchentlicher Zuschuß extra bewilligt. — In Unterstützungssache 11197 Wiesau sind weitere Feststellungen noch erforderlich. — In Unterstützungssache 8919 Großbreitenbach verbleibt es bei der Ablehnung nach § 20 Abs. 4 des Statuts. — Fahr- und Umzugsgelder für 8585 Hohenstrauß werden nach § 20 Abs. 1 des Statuts abgelehnt. — Zuschriften von Gotha, Hausen und Mueselwitz machen Rückfragen notwendig. — Ein Antrag Hamm, Aufnahme eines Auftrages im Organ, zu Sammlungen für 2 Mitglieder betreffend, wird abgelehnt. — Dem Mitglied 6102 Leipzig wird die Strafkarengzeit antragsgemäß um 4 Monate gekürzt. — Ein Antrag des Mitgliedes 10416 wird abgelehnt. — Ein Antrag des Mitgliedes 10475 Reichenbach auf Höherversicherung im Verband wird vorläufig abgelehnt. — Karl Koloff, Paul Klenner und Kreikemeier, Fürstenberg a. W., Marie Fischer, Eisenberg, Regener, Magdeburg, werden mit 2 jähriger Straf-Karengzeit in den Verband aufgenommen. — 20 149 Schulz, Neuhaldensleben, wird nachträglich mit 2 jähriger Straf-Karengzeit belegt. — Dem Mitglied 1866 Golditz, welches noch einer anderen, in seiner Tendenz unserm Verband gegenüber grundverschiedenen Organisation angehört, soll angefordert werden, innerhalb zwei Wochen aus jener Organisation auszuscheiden, andernfalls bei uns Streichung erfolgen würde. — Auf Grund einer Anregung von Althalbensen wird beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, welche vom Arzt versuchsweise arbeitsfähig geschrieben werden, innerhalb 6 Tagen und an derselben Krankheit erneut arbeitsunfähig werden, von der Absolvierung einer nochmaligen dreitägigen Wartezeit entbunden sein sollen. Ausdrücklich wird bemerkt, daß es sich bei diesem Beschluß nur um einen Versuch bis zur nächsten Generalversammlung handeln kann. — Dem Mitglied 8028 Lange wiesen wird der Krankengeld-Zuschuß nachträglich bewilligt. — Unterstützung von Mitgliedern aus dem 12 pCt.-Fonds der Zahlstellen in Pforzheim und Rudolstadt werden abgelehnt. — Der Zahlstelle Mannheim werden Mittel in Höhe bis zu 20 M. zur Anschaffung eines Kassenschranks bewilligt. — Ein Bericht des Kassierers über eine vorgenommene Revisionsreise ist mit Kenntnisnahme erledigt, soweit nicht Zahlstellen in Frage kommen, bei welchen Unregelmäßigkeiten in der Kassensführung zu verzeichnen sind. Dem früheren Kassierer der Zahlstelle Wiesau wird bis zu Weihnachten Frist gegeben, einen Fehlbetrag zu decken.

M. Korn, stellv. Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

Entscheidungen der Beschwerdekommision. Sitzung vom 4. November 1907.

Eine Zuschrift des Mitglieds 8020 B. um Abänderung des in voriger Sitzung gefassten Beschlusses wird zur Kenntnis genommen und hält die Beschwerdekommision ihren ersten Beschluß aufrecht. — In der Beschwerdesache des Mitglieds 1991 E. konnte ein Beschluß nicht gefaßt werden, da sich weitere Recherchen notwendig machen.

Emil Böhme, Vorsitzender. Berthold Faulian, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Wieder eine Preiserhöhung! Die „Rundschau“ weiß zu berichten: Preiserhöhung für Porzellanpuppen. Die thüringischen Porzellanfabriken, die Porzellanpuppen herstellen, haben beschlossen, infolge anhaltender Steigerung der Rohmaterialien- und abermaliger Erhöhung der Arbeitslöhne die Verkaufspreise für Manting- und Babypuppen um weitere 10 pCt. zu erhöhen. — Wir sind die Besten, welche den Fabrikanten einige oder fortwährende Preiserhöhungen vertragen wollten. Im Gegenteil, wenn jemand die unangesezten Preis-schlauheiten, die gerade in jener Branche an der Tagesordnung waren und noch sind, aufs lebhafteste bedauert und bekämpft, dann sind wir es. Denn bisher wurde jede Konkurrenzmaßnahme auf Kosten der Arbeiter ausgeführt. An ihren Löhnen wurde gestrichen, geknappt und geknauert. Aber die Gründe, die oben zur Erhöhung der Preise angeführt werden, wollen uns — soweit sie auf die Steigerung der Arbeitslöhne Bezug nehmen — durchaus nicht einleuchten. Es ist für die Unternehmer in der letzten Zeit der beliebteste Vorwand zur Erhöhung der Preise geworden, auf die gestiegenen Arbeiterlöhne hinzuweisen. Wir ersuchten schon mehrfach um Aufklärung und um genaue Angaben darüber. Immer blieb die Antwort aus. So wird es auch werden, wenn wir um Auskunft darüber ersuchen, wo die Löhne in den Porzellan-

gruppenfabriken abormal eine Erhöhung erfahren haben. Bekannt ist uns vielmehr, daß gerade die Besitzer dieser Fabriken eine sehr starke Neigung zur Vornahme von Lohnkürzungen haben. Der „Rundschau“, die bei den Unternehmern gut angeschrieben ist, wird es ja ein Leichtes sein, die gewünschte Auskunft erteilen zu können. Weiß sie ja auch ganz genau, wo die Arbeiter freudige Gesichter gemacht haben, als ihnen ein paar Groschen Gratifikation „geschenkt“ wurden.

Grossbreitenbach. Infolge Wassermangel kam die Wassermühle bei der Firma Bahl & Söhne zum Stillstand. Es trat Wassermangel ein, der die Dreher für eine Woche arbeitslos machte.

Magdeburg. Zu unserer letzten Notiz über die Zustände bei der Firma Untucht & Co. wird uns berichtend mitgeteilt, daß der Preis für Blumentübel nicht von 85 Pfg. auf 40 Pfg. ermäßigt wurde, sondern es sollte heißen: Der auf eine neu eingeführte Sorte Blumentübel angelegte Marktpreis war 25 bis 40 Prozent niedriger bemessen, als für diese Artikel in anderen Fabriken gezahlt wird.

Reichenbach. Ueber die Lage der Ausständigen und einige inneren Zustände im Betriebe von Schwabe & Co. wird berichtet: Die Druckerinnen, die unter dem strengen Regiment des Fräulein Schwabe stehen, haben viel zu leiden gehabt. Hauptsächlich waren es die Strafen, die das gestrenge Fräulein Schwabe auswarf, die den allgemeinen Unwillen erregt haben. Beim geringsten Anlaß wurden Strafen verhängt. Da bekam z. B. eine Druckerin eine Arbeit von 80 Stück Becher. Die Becher wurden gemacht und auch in die Schmelze gegeben, und damit war die Tätigkeit der Druckerin beendet. Die 80 Stück Becher waren abhanden gekommen, wohin, weiß niemand, natürlich ist die Druckerin daran schuld und sie muß die Becher noch einmal machen. Nun haben sich aber die Becher wieder gefunden und — der Rest ist Schweigen. Natürlich gibt es noch mehr solcher Strafen bei der Firma Schwabe & Co. Als Arbeitswillige sind drei junge Leute eingetroffen. Als sie in Hermsdorf ausstiegen, gaben sie die Lösung „Schwabe“ ab, worauf sie von dem nächsten Element Döfler und dem Fabrikatscher in Empfang genommen, der Kohlenwagen diente zu ihrer Beförderung, und dann nach Reichenbach verbracht wurden. Ob sich diese Leute auch auf zwei Jahre verpflichtet haben, entzieht sich unsrer Kenntnis. Am nächsten Tage kamen wieder zwei, die auch vom Stellenvermittler Riebenstahl in Berlin angeworben und direkt nach Reichenbach abgeschoben worden waren. Diese meldeten sich aber gleich im Streikbureau. Sie hatten sich auf zwei Jahre als Arbeitsburschen in der Dreherei verpflichtet, es hatte aber der Riebenstahl „vergessen“ zu sagen, daß hier gestreikt wird. Nachdem sich die zwei bei der Firma Schwabe gemeldet und dem Herrn Schwabe gesagt hatten, daß sie sich nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen, zogen sie wieder von dannen. (Bei diesen fünf von der Firma Riebenstahl gesandten Arbeitswilligen handelt es sich um die schon in voriger Nummer unseres Blattes erwähnten Personen! D. R.) Als Arbeitswillige sind unter den paar Leuten, die durchaus ihre Lage nicht verbessern wollen, trotz der immer steigenden Lebensmittelpreise, Gustav Schwabe als Glühfüller und Brenner, die Frau dieses Herrn, sowie die Frau des Werkführers Böhlmann als Fentelmacherin und Garniererin. Die Streiklage ist eine gute.

Rudolstadt. Das Hinübergreifen der Aussperrung der bei der Firma Mann & Porzelius beschäftigten Kollegen auf Volkstedt wird zweifellos zu einer allgemein regeren Bewegung der Kollegen in Rudolstadt, Volkstedt und Schwarzburg beitragen. Die Zustände in den Betrieben von Mann & Porzelius sind seit langem in den Kollegentreisen als solche bekannt, die eine dringenden Abhilfe erheischen. Es bedurfte daher nur der Aussperrung der Verbandskollegen in der „Ältesten Volkstedter Porzellanfabrik“ um die Solidarität der Kollegen noch fester zu knüpfen. Man berichtet uns über eine in Volkstedt abgehaltene von mehr als hundert Kollegen besuchte Versammlung, die einstimmig folgende Resolution annahm: „Die heutige Versammlung drückt ihre volle Sympathie den gekündigten Arbeitern und Arbeiterinnen der ältesten Volkstedter Porzellanfabrik dadurch aus, daß sie gewillt ist, den Ausgesperrten mit allen Mitteln und strenger Solidarität zur Seite zu stehen, weil die Arbeiter der genannten Firma mit Festigkeit ihre Kündigung entgegen genommen haben.“ — Wir ersuchen die Kollegen, jeden Zugang nach Volkstedt aufs strengste fern halten zu wollen.

Schorndorf. Ueber die Zustände bei der Firma Bauer & Pfeiffer und die Lage der dort schwebenden Differenz berichteten die Kollegen ausgangs Oktober an unser Parteiblatt in Stuttgart: „Die Aussperrung der gelernten Arbeiter hat nach

vierwöchigem Kampfe noch immer kein zufriedenstellendes Ende erreicht. Am 16. September hat uns Herr Pfeiffer (Inhaber der Porzellanfabrik) Verhandlungen angeboten. Die Zahlstellenverwaltung bzw. die Kommission verhandelte am genannten Tage, jedoch ohne vollen Erfolg. Die Kommission verlangte, daß Herr Pfeiffer zur Verhandlung auch einen Vorstandsvertreter des Porzellanarbeitersverbandes zulassen solle, was Herr Pfeiffer aber strikt ablehnte. Wir wissen auch, aus welchen Gründen. Am 28. September hatte die Kommission abermals mit Herrn Pfeiffer Verhandlung und einigten wir uns insoweit, daß nun die Arbeit am 24. September aufgenommen wurde. Die angekündigte Lohnreduzierung (15 Proz.) wurde von der Firma zurückgezogen, die Anerkennung einer Preiskommission genehmigt, Verbesserungen in sanitärer Hinsicht und Wiedereinstellung sämtlicher Ausständigen zugesagt, ohne daß Maßregelungen stattfinden dürfen, sowie ein Stundenlohn für zeitweise Stundenarbeit von 46 Pf. (bisher 36 bis 45 Pfg.) versprochen. Der während des Streiks stehen gebliebene frühere Vorsitzende der Zahlstelle, der seine Frau im Betrieb prügelte — der Dreher Josef Lemberg —, wurde aber bis heute noch nicht entlassen. Die Firma will immer noch nicht einsehen, daß Herr Lemberg einzig und allein an dem Konflikt die Schuld trägt. Die Firma will, daß die Sperre über die Fabrik aufgehoben werde. Der Vorstand des Porzellanarbeitersverbandes hebt die Sperr jedoch so lange nicht auf, bis eben Herr Pfeiffer den „schlagfertigen“ Herrn entlassen hat. Die Ausständigen, welche die Arbeit unter oben genannten Bedingungen aufgenommen haben, werden nun nach und nach die Fabrik verlassen, dann kann Herr Pfeiffer sehen, wo er wieder so ein so eingearbeitetes Personal her bekommt. — Der Oberdreher Sauerbrey hat Schein's schon wieder vergessen, daß auch er früher Arbeiter war. Ihm würde es ganz gewiß auch nicht passen, wenn er einmal so von seinem „Vorgesetzten“ behandelt würde, wie er es jetzt anderen gegenüber tut. Zu bemerken ist noch, daß die Firma den Lemberg am 22. Juli entlassen hat, weil Lemberg seine Frau im Betriebe blutig geschlagen hatte. Als dann die Aussperrung der Dreher stattfinden sollte, hat sich Lemberg anfangs August wieder angeschmeichelt und ist dann stehen geblieben. Das Urteil über diese Zustände überlassen wir ruhig den Lesern. — Jetzt gehen jedoch die Reibereien der Firma gegen die Kollegen weiter und eine Nachricht meldet, daß vor kurzem der Vorsitzende unserer Zahlstelle entlassen worden ist. Wohl verpflichtete sich die Firma, Maßregelungen nicht vorzunehmen, doch wir sind es ja von den Fabrikanten gewöhnt, daß viele unter ihnen glauben, sich nachher anders besinnen zu können. — Ueber Schornborn ist noch die Sperre verhängt. Man wolle das beachten.

Sitzendorf-Unterweissbach. Uns wird geschrieben: Der Direktor der Sitzendorfer A.-G., Herr Alfred Voigt, hat es verstanden, durch Wortbruch und unerhörte Provokationen den wieder eingestellten Teil der ausgesperrten Arbeiter zum Wiederaustritt zu veranlassen. Eine Versammlung am 9. November beschloß, die Arbeit am Montag, den 11. November, nicht wieder auf zu nehmen. Vielleicht wünscht das Herr Voigt so, aber den Arbeitern blieb ein anderer Ausweg nicht. Herr Voigt hatte einer Arbeiterkommission gegenüber erklärt, daß er von einer erneuten Arbeitsniederlegung keinen Schaden haben würde. Wahrscheinlich würde die Aktiengesellschaft liquidieren müssen, aber er käme dann zu der günstigsten Gelegenheit, die Betriebe billig zu erwerben (!). Den Arbeitern kann es vollständig gleichgültig sein, ob diese Eventualität für die Aktionäre, die doch mit dem Vorgehen des Herrn Voigt vollkommen einverstanden sein müssen oder demselben verständnislos oder machtlos zusehen, eintreten wird. Die Arbeiter sind entschlossen, ihren Kampf bis zu den äußersten Konsequenzen durchzusetzen. — In nächster Nummer werden wir die Vorgänge genauer schildern und die Waffenbrüderschaft der Herren Voigt und Mann besonders beleuchten und man wird finden, daß dergleichen wohl noch nie da gewesen ist. Am Freitag, den 15. November, treten die organisierten Arbeiter der unterweissbacher Filiale von Mann & Porzellan in Volkstedt aus. Zugang nach Sitzendorf, Unterweissbach und Volkstedt ist strengstens fern zu halten.

Oesterreich. Etwas anders als er es erwartete, kamen für den Direktor Hegemann in der Porzellanfabrik Merlelsgrün die Dinge mit der Aussperrung der dort beschäftigten

Dreherkollegen. Als damals der Direktor unsere Kollegen deswegen aussperrte, weil dieselben an dem Begräbnis eines viele Jahre in jenem Betriebe beschäftigt gewesenen Kollegen teilnahmen, da glaubte der Herr, daß, wenn die Dreher nicht bald zu Kreuze kriechen, an ihre Stelle genug Streikbrecher gesetzt werden könnten. Noch immer bekommt dem so überaus schneidigen Direktor die Sache herzlich schlecht. Einmal kriechen die Aussperrten durchaus nicht zu Kreuze, dann ist es zweitens mit dem Ersatz durch Arbeitswillige äußerst faul. So inserierte Hegemann in allen möglichen Blättern nach Streikbrechern, machte ihnen Versprechungen über Versprechungen, engagierte Holz- und andere Dreher, Drechsler, Tischler, Schuster, Klöppler, Dienstknechte und was sonst irgendwie oder wo aufzutreiben war. Und immer will die Sache noch nicht klappen. Bauern, halbbankrotte Kleingewerbetreibende und andere Klausreißer können den verfahrenen Karren nicht wieder aus dem Dreck zerren. Und anstatt den Betrieb in vollem Gang zu sehen, mußten die Maler und andere Arbeiter entlassen werden. Aber mutig verklärt die Direktion vor aller Welt; Der Betrieb funktioniert, klappt, ist im Gang. Eine fromme Selbsttäuschung des Direktors, die unsere Kollegen umso mehr in der festen Absicht bestärken wird, durch die Fernhaltung jeden Zugangs den ausgesperrten Kollegen die tatkräftigste Unterstützung zu teil werden zu lassen.

Vermischtes.

Ein klug Gewordener. Zu einer für Arbeitgeber wertvollen Erkenntnis ist in Magdeburg ein Unternehmer gekommen, der dort bis vor kurzem Inhaber eines Betriebes in der Metallindustrie war. Der Betrieb ist eingegangen. Vor zwei Jahren sperrte dieser Mann seine Arbeiter aus, weil diese die Zumutung von sich wiesen, auf einen vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag zu verzichten und eine Arbeitsordnung zu unterschreiben, die wesentliche Verschlechterungen enthielt. Der Unternehmer siegte. Aber was hatte er von dem Sieg? Hören wir ihn selbst; „Die damalige Geschichte hat mich um alle guten Kräfte gebracht. Trotzdem ich Aufträge genug hatte, konnte ich keine befriedigende Arbeit leisten, so daß die Aufträge immer mehr zurück gingen. Hätte ich tüchtige Leute wie Poreel und Pögel gehabt, hätte ich glänzend bestehen können.“ Die Geschichte sei allen aussperrungslustigen Arbeitgebern zur Beachtung empfohlen!

Unternehmerkassen. Die Pensionskassen der Großindustrie bilden jetzt häufiger den Gegenstand gewerbegerichtlicher Klagen. Neuerdings hat auch das Gewerbegericht für den Landkreis Essen gegen die Eisenhütte Phoenix in Berge-Vorbeck entschieden. Ein Tischler war ohne Angabe von Gründen entlassen und klagte nun auf Rückerstattung der vom Lohne einbehaltenen Beiträge und Eintrittsgelder zur Pensionskasse. Die Gesellschaft wurde verurteilt, zwei Drittel des von dem Arbeiter eingezahlten Betrages zurück zu zahlen. — Wir raten unsere Kollegen dringend, in ähnlichen Fällen ebenfalls den Klageweg zu beschreiten.

Erlaubte Sonntagsarbeit. Der Schlosser Herr-Mannheim erhielt ein Strafmandat, weil er im Juli an einem Sonntage nach 9 Uhr Metallarbeiterzeitungen ausgetragen habe. Gegen das Strafmandat wurde Einspruch erhoben und richterliche Entscheidung beantragt. Jüngst stand der Fall vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Matthes, machte geltend, daß das Austragen der „Metallarbeiter-Zeitung“ unentgeltlich geschehe; lediglich für das Kassieren der Beiträge werde eine kleine Entschädigung gegeben. Die Funktion ist eine ehrenamtliche, die Austräger werden in Versammlungen gewählt, ihre Entschädigung gleiche der eines ehrenamtlich tätigen Schöffen oder Gewerbegerichtsvorsitzenden. Ein als Zeuge vernommener Gewerbeschutzmann gab auf Befragen an, daß die Strafverfügung aus § 146 a der Gewerbeordnung nicht aufrecht erhalten worden sei. Dagegen halte er ein Vergehen gegen § 41 a der Gewerbeordnung und gegen § 224 des Polizei-Strafgesetzbuches für vorliegend. Ein weiterer Zeuge, ein Polizei-Kommissar, bekundet den Tatbestand aus der Voruntersuchung. Seiner Meinung nach liegt keine „gewerbsmäßige“ Beschäftigung, auch keine „geräuschvolle“ Arbeit, wie überhaupt keine strafbare Handlung vor. An Sonntag Vormittagen verkehrten Bier- und Milchfuhrwerke usw.; bei diesen Handlungen können eher die Merkmale öffentlich bemerkbarer, geräuschvoller, störender und auch gewerbsmäßiger Arbeiten in Anwendung kommen. Der Amtsanwalt stützte sich in seinen Ausführungen lediglich auf den § 225 des Polizeistrafgesetzbuches, den er für anwendbar hält. Der Verteidiger de-

freitet, daß die Verteilung der Zeitung öffentlich erfolgte, sie sei doch in der Wohnung gesehen. Aufsehen sei damit auch nicht errigt worden, weil die Zahl der Zeitungen — 15 Stück! — gänzlich ungesehen getragen werden können. Sein Klient sei weder selbständiger Unternehmer, noch gewerblicher Angestellter und sei frei zu sprechen. Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und kündete nach kurzer Beratung den Freispruch. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Finland. Eine sozialpolitische Großtat vollbrachte der finnische Landtag durch den Beschluß der Einführung des Achtstundentages und des Verbotes der Nachtarbeit für die Bäcker. In den großen Ländern geht es mit der Sozialpolitik um so langsamer, da humpelt man mit Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit usw. — wenn es gut geht — halben Weges den durch die Gewerkschaften erzielten Fortschritten nach.

Unternehmergewinn. Wenn auch die Abschlüsse sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften für das Jahr 1906 noch längst nicht alle veröffentlicht sind, so liegen doch die Rechnungsergebnisse für eine so große Zahl von Gesellschaften vor, daß man sich über die Rentabilität im Großgewerbe während des Jahres 1906 ein ziemlich zuverlässiges Bild machen kann. Die Betriebe der Aktiengesellschaften bedecken sich zwar keineswegs genau mit den Betrieben des Großgewerbes, aber sie gehören doch in der Mehrzahl dem Großgewerbe an. Wenn wir die Rentabilität an der Dividende messen, so geschieht dies, weil die Dividende der Teil des Reingewinns ist, der an das Eigentümerkapital abgeführt wird. Um den Vergleich mit 1905 besser durchzuführen zu können, nehmen wir an, daß das Nominalkapital des Jahres 1906 auch schon im Jahre 1905 vorhanden gewesen wäre. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für 2097 Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr am 31. Dezember schließt und deren Rechnungsergebnisse für das Jahr 1905 und 1906 bisher bekannt geworden sind, ein Nominalaktienkapital im Betrage von 8046,18 Millionen Mark. Auf dieses Kapital wurde im Jahre 1906 rechnerisch eine Dividendensumme in Höhe von 686,58 Millionen Mark ausgeschüttet; d. h. das Aktienkapital verzinst sich mit 8,54 pCt. Im Jahre 1906 wurde eine höhere Dividende verteilt und zwar betrug der Preis rund 57,50 Millionen Mark. Die Dividendensumme für das Jahr 1906 stellte sich auf 744,08 Millionen Mark. Das gesamte Nominalkapital verzinst sich demnach im Jahre 1906 mit 9,24 pCt. Die Dividendenziffer steigerte sich von 1905 auf 1906 um nicht ganz $\frac{1}{2}$ pCt., genau um 0,73. Der relativ größte Teil des berücksichtigten Kapitals entfällt auf die Banken. 888 Banken mit 3281,25 Millionen Mark Aktienkapital verteilten 8,82 pCt. Dividende im Jahre 1906 gegen 8,08 im Jahre 1905. Die Steigerung nicht nur, sondern auch die absolute Höhe der Dividende bleibt also bei den Banken hinter dem Durchschnitt aller Gesellschaften erheblich zurück. Ganz anders stellen sich die Ergebnisse im Bergbau, sowie bei den Hütten und gemischten Werken. Beide Gruppen haben im Jahre 1906 überaus günstig abgeschlossen. Die Hütten und gemischten Werke, 50 an der Zahl, verteilen auf ein Aktienkapital im Betrage von 575,61 Millionen Mark eine Dividende von 12,01 pCt. im Jahre 1906 gegen 10,92 im Jahre 1905. Die dem Bergbau angehörigen 82 Gesellschaften mit einem Kapitale von 348,62 Millionen Mark schüttete 1906 eine Dividende von 11,05 pCt. aus gegen eine solche von 8,68 im Jahre 1905. Wenn auch nicht ganz so erheblich über dem Durchschnitt, so doch noch immer über ihm stellte sich die Rentabilität bei den Gesellschaften der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. 210 Gesellschaften mit einem Kapital im Betrage von 507,06 Millionen Mark verteilten 1905 40,57 Millionen Mark Dividende, 1906 dagegen 48,46 Millionen. Es verzinst sich also im 1905 das Aktienkapital mit 8 pCt., im Jahre 1906 dagegen mit 9,56 pCt. Auch die Textilindustrie weist im Hinblick auf frühere Jahre bessere und namentlich auch steigende Ergebnisse auf, wenn auch der Durchschnitt für die Gesellschaften hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück bleibt. Die berücksichtigten 149 Gesellschaften des Textilgewerbes verteilten 1906 über ein Nominalaktienkapital in Höhe von 291,85 Millionen Mark. Auf dieses verteilten sie 1905 eine Dividende von 8,40, 1906 dagegen von 9,08 pCt. Die absolute Höhe der Dividenden entspricht also durchaus dem Charakter eines hervorragenden Aufschwungjahres.

Versammlungsberichte etc.

Althaldensleben. Am Sonnabend, den 9. November, fand in dem Peterschen Saale, der seit kurzem der Arbeiterkassette zur Verfügung steht, eine gut besuchte öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt. Genosse Zielsch referierte, und mit gespanntester Aufmerksamkeit und erster Ruhe folgten die Anwesenden den Ausführungen des Redners

aber den Begriff und die Bedeutung der Organisation. So manchem der anwesenden Kollegen fiel bei den Worten des Referenten die Organisation, der Verband, in einem anderen, sonst nicht gewöhnlichen Sinne auf. Hoffen wir, daß diese Wirkung nachhaltige Folgen hat. Das ist besonders für die Kollegenschaft in Althaldensleben aus dem Grunde zu wünschen, weil man jetzt dort drauf und dran ist, durch die Errichtung einer Personal-Zuspruchskassen-Rasse dem Verbande den Boden abzugraben. Darüber machte der Kollege Zielsch eingehendere Ausführungen in der Versammlung und zu wünschen wäre nur gewesen, daß alle jene Kollegen, die, unbedacht genug, den Antrag auf Gründung einer neuen Zusatzklasse unterzeichneten, anwesend und in der Lage gewesen wären, die treffenden Worte des Redners zu hören. Aber es ist nun einmal so, nur durch eigne Erfahrung werden die Menschen klug. Und so wird es auch mit den bei Schmelzer & Gerike beschäftigten Kollegen werden. Eine Rasse ist schnell gegründet, sie dauernd zu halten, ist bedeutend schwerer.

h. Altwasser. Nach Eröffnung der am 2. November abgehaltenen Zahlstellenversammlung gedachte der Vorsitzende in ehrenvoller Weise des verstorbenen Kollegen Niemer. Hierauf gab der Kassierer den Rassenbericht vom 8. Quartal. Die Revisoren bestätigten die Angaben des Kassierers und betonten, alles in Ordnung gefunden zu haben. Es wurde daher dem Kassierer Decharge erteilt. Für die Ausgesperrten in Merkersgrün hatte die Verwaltung 80 Mark bewilligt, was auch die Versammlung für gut befand. Aus dem Bericht eines Kartellbelegierten war zu entnehmen, daß für durchreisende Verbandskollegen Gelegenheit geschaffen worden ist, übernachten zu können. Es sind zu diesem Zweck im Gasthaus zum „Eisernen Kreuz“ 2 Stuben und Küche gemietet. Die Versammlung war über diese Mitteilung sehr erfreut und bewilligte für die in Frage kommenden Kollegen auch eine Unterstützung und zwar für solche, welche die volle Karenzzeit um haben 1,50 M., für die andern aber nur 50 Pf. Weiter wurde beschlossen, eine Sammelliste bei den hiesigen Mitgliedern in Umlauf zu setzen. Der Ertrag soll für die künftigen Kranken als Weihnachtsgeschenk verwendet werden. Unter Verschiedenem wurde die Frage angeregt: Sollen wir morgen dem Herrn von Zielsch zu seinem 25jährigen Jubiläum als Chef gratulieren. Diese Frage hatte eine fünfviertelstündige Diskussion zur Folge. — In derselben merkte man sehr gut, daß noch sehr wenig Hoffnung vorhanden ist, einen dauernden Frieden mit der Firma zu finden. Die vorhergehenden Differenzen hatten die Mitglieder veranlaßt, am 9. Dezember 1905 einstimmig den Beschluß zu fassen, keine Gratulationen irgend welcher Art mehr dar zu bringen. Wenn sich nun die Lage etwas geändert hat, indem mehrere Mitglieder wieder vertrauensvoll auf Herrn von Zielsch blicken und gratulieren wollen, so würde ebenso auch dieses Vertrauen sich bei allen wieder einstellen, wenn Herr v. Zielsch die Absicht auf einen weiteren Frieden beibehält. Dieses zu tun, wird Herr von Zielsch hoffentlich nicht schwer fallen. Der Erfolg bliebe nicht aus. Gern würde man dann seiner gedenken und ihm mit aufrichtigem Herzen alles Gute wünschen. Für dieses Mal aber wurde in geheimer Abstimmung die Gratulation nicht genehmigt und geschah dieses bei einer Abgabe von 57 Stimmen wie folgt: 24 ja, 81 nein und 2 enthalten. Eine Beschwerde, daß sich Nichtorganisierte an Mitglieder heran drängen und recht intim mit einigen sind, wurde vorgebracht und dabei ausgeführt, daß die Freundschaft nur im Ausschließen der Mitglieder besteht und durch Verdrehungen bezw. Unwahrheiten leicht Unannehmlichkeiten entstehen können.

Frankfurt a. M. In der am 28. Oktober stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung waren nur 12 Mitglieder anwesend. Das wurde sehr scharf gerügt, zumal es gerade jüngere Kollegen sind, welche für alles andere eher zu haben sind, die aber für die Versammlungen und Verbandsangelegenheiten kein Interesse hezugen. Erst wenn ihnen das Messer an der Kehle sitzt, wissen sie, wo sie ihre Zuflucht suchen können. Von einem Kollegen wurde ein Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, welche die Statuten der Hilfs-Krankenkasse zu prüfen hat, wodurch die Mitglieder in ihren Rechten geschmälert werden, resp. Vorteile dadurch haben können, und die betreffenden Paragraphen in dieser Weise zu bearbeiten und das Resultat resp. einen dahin gehenden Antrag der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten. Betreffender Antrag wurde angenommen. Weiter gab der Kassierer den Bericht vom 8. Quartal, woraus zu ersehen ist, daß auch hier eine große Säumnigkeit einzelner Mitglieder eingerissen ist, indem sie bis zu 86 Wochen Beiträge restieren. Dieses muß für die Zukunft unter allen Umständen vermieden werden. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Bericht des Arbeitsnachweises pro 8. Quartal ist nicht zu verzeichnen. Unter Verschiedenem erfolgt von einem Kollegen die Anfrage, ob und in welcher Weise die Vermittlung eines Kollegen bei einer hiesigen Firma stattgefunden hat, da von Betreffendem behauptet wird, den Nachweis durch einen Kollegen umgangen zu haben. Daraus entwickelte sich eine erregte Debatte und konnte ohne weitere Aufklärung noch nichts fest gestellt werden.

h. Altwasser. In der am 2. November abgehaltenen Zahlstellenversammlung wurde außer einigen internen Angelegenheiten auch zu dem Artikel von Fürstenberg (Ober) in der „Ameise“ Stellung genommen. Es ist bezeichnend für die Arbeits- und Wohnverhältnisse in Fürstenberg, wenn ein Kollege sein Logisgeld nicht bezahlen kann. Die Versammlung hält es für eine große Unterlassungsünde der fürstenberger Kollegen, daß sie diesem Uebelstande nicht schon längst entgegen gearbeitet haben. In Fürstenberg ist die Lehlingszuchterei zu Hause, der Schlenker-Unterrung wird damit Lor und Lär geöffnet und so ist es dahin gekommen, daß die Glasmaler in Weißwasser als zu teuer produzierende Arbeiter hingestellt werden. Es ist den Kollegen hier unmöglich, die fürstenberger Muster zu dem dortigen Preise her zu stellen. Die fürstenberger Kollegen mögen ihr Augenmerk darauf richten, daß der Lehlingszuchterei Einhalt geboten wird, damit nicht die Kollegen außerhalb in Wittlebenschaft gezogen werden. Die Versammlung spricht des Weiteren ihr Bedauern darüber aus, daß die von der Zahlstelle Benzig angeregte Glasmaler-Konferenz durch das ablehnende Verhalten des Haupt-Vorstandes unmöglich gemacht worden ist. Gerade die Verhältnisse in Fürstenberg zeigen, welche wichtiges Arbeitspensum die Konferenz zu bewältigen hätte. Da bei vorkommenden Differenzen selten ein Vorstands-Berträter entsandt wird, oder gewöhnlich erst dann, wenn die Wogen des Kampfes bereits größere Kreise ziehen, so sprechen sich mehrere Redner für Anstellung von Delegierten durch die nächste Generalversammlung aus.

ANZEIGEN.

v. Kahla. In der Versammlung vom 2. November hielt Genosse Parteisekretär Leber-Jena einen Vortrag über „Die Stürme des Jahres 1907“. Wie voraus zu sehen war, wurden auch diesmal, wie in letzter Versammlung die jüngeren Mitglieder durch den überwachenden Gendarm aus dem Saale gewiesen. Auf diese Weise wird es den jungen Leuten unmöglich gemacht, sich einen Vortrag anzuhören. Genosse Sachse als Vorsitzender der Zahlstelle hatte hiergegen Beschwerde beim Landratsamt in Roda eingelegt, mit dem Erfolg, daß die Beschwerde als unbegründet zurück gewiesen wurde. Die Versammlung beschloß, sich beschwerdeführend an das Ministerium in Altenburg zu wenden. Da der herzogl. Sachsen-Altenburgische Staatsminister von Sorris auf einem unläuglich in Schmölln stattgefundenen Lehrtage auch die Sozialdemokratie aufgefordert hat, bildend auf das Volk ein zu wirken (was von jeher durch Partei und Gewerkschaft in ausgiebigstem Maße getan worden ist), so ist zu hoffen, daß derselbe dem Landrat die Weisung erteilt, bei zukünftigen bildenden Vorträgen den jungen Leuten den Aufenthalt im Saale zu gestatten. Genosse Pfeifer empfiehlt den jüngeren Genossen, die Werke unserer Bibliothek, welche sich mit dem Thema des Vortrages befassen, zu lesen. — Die Kassenabrechnung pro 3. Quartal ergibt folgendes: Verbandskasse: Einnahme 5882 Mk. 82 Pfg., Ausgabe 4971 Mk. 47 Pfg., Bestand 411 Mk. 15 Pfg. 12% Fonds: Einnahme 589 Mk. 55 Pfg., Ausgabe 468 Mk. 1 Pfg., Bestand 71 Mk. 54 Pfg. Derlicher Unterstüßungs-Fonds: Bestand und Einnahme 267 Mk. 82 Pfg., Ausgabe 44 Mk. 90 Pfg., Bestand 222 Mk. 42 Pfg. Von den Streikmarken wurden 2200 Stück verkauft, Mitgliederzahl 578. Den Mitgliedern wird zur Pflicht gemacht, für die Versammlungen am 12. und 18. November, in welchen Fr. Fischer-Jimenau referieren wird, tüchtig Propaganda zu machen. Anwesend waren 188 Mitglieder, krank sind 5, entschuldig 5.

Reichenbach. Die Versammlung am 8. November war sehr gut besucht. Der überwachende Gendarm machte bekannt, daß diejenigen Anwesenden, welche noch nicht 21 Jahre alt sind, den Saal verlassen müssen, da sonst die Versammlung nicht stattfinden dürfte. Genosse Schrödel aus Erfurt referierte. Die Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden mit großer Begeisterung aufgenommen; ein Zeichen, daß der Zusammenhalt der Streikenden ein sehr guter ist.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Essen gelangte seitens der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe. Die Verhandlungen in Essen haben allenthalben das lebhafteste Interesse nach gerufen, namentlich waren die Referate von Wobers über „Die Reichstagswahlen und die politische Lage“ und Wurm über „Die Alkoholfrage“, sowie die sich daran knüpfenden Debatten von großer Wichtigkeit und Tragweite für die organisierten Arbeiter. Welches gebendes Interesse beanspruchen ferner die Verhandlungen über den „Bericht vom Internationalen Kongress in Stuttgart“ und die „Berichte der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes“. — Das 416 Seiten starke Protokoll kostet broschiert 1 Mk. Zu beziehen ist dasselbe durch alle Buchhandlungen, Parteigeschäfte und Kolporteurs.

Internationaler Sozialistenkongress Stuttgart 1907. Unter diesem Titel gelangt soeben das Protokoll der Verhandlungen in Stuttgart zur Ausgabe. Einleitend enthält dasselbe eine Schilderung des gewaltigen Massenmeetings auf dem Cannstatter Wasen. Aus den Verhandlungen heben wir hervor: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. — Die Kolonialfrage. — Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter. — Politische Partei und Gewerkschaften. — Frauenstimmrecht. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Sach- und Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist 1,20 Mk., eine billige Ausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Adressen-Nachtrag.

Frankfurt a. M. Wf. Franz Hirsch, Al. Obermainstr. 2 1 Et.
Unterweissbach. Wf. Otto Rose, Rf. Hermann Gretsch, Schf. Alfred Großer.

Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht eines jeden Kollegen und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

- Berlin. Dienstag, 19. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Rube, Alte Jakobstraße 75. Vortrag, Geschäftliches, Verschiedenes.
- Berlin-Moabit. Montag, 18. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Buttligstr. 10.
- Frankfurt a. M.-Offenbach. Sonnabend, 30. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Gittfried, Sachsenhausen, Str. Rittergasse 58.
- Gotha. Sonnabend, den 16. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus zum Mühlstein.
- Gräfzroda. Sonntag, 17. November, nachmittags 3 Uhr, im Wächter-Schön Gasthof.
- Gräfenthal. Sonnabend, 16. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Schießhaus.
- Penzig. Sonnabend, 16. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Abrechnung. Lohnstatistiken mitbringen.
- Schmöldersfeld. Sonnabend, 16. November, 8 Uhr, bei Adelhelm Reube, Reubhütte. Dittungsbücher und Lohnstatistiken mitbringen. Gau-leiter Hoffmann ist anwesend.
- Stadtilm. Sonnabend, 16. November, 8 Uhr, im Schießhaus. Genossin Fischer aus Jimenau referiert über den Nutzen der Organisation.
- Teltow. Sonnabend, 16. November, 8 Uhr, bei Rupsch, Hohersteinweg Nr. 10.

Kolmar. Am Sonnabend, den 17. November, abends 8 Uhr, gütigen bestehend in: Konzert, Theater, humoristischen Vorträgen und Lang. Die Verwaltung.

Dresden. Sonnabend, 16. November 1907: Versammlung im „Gasthof Pleschen“, Torgauerstr. Tagesordnung: Punkt 1. Der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Referent: Redakteur Bietzsch. Punkt 2. Gewerkschaftliches.

Osterode. Sonntag, den 17. November, nachmittags 8 Uhr: Öffentliche Versammlung der Mitglieder des Verbandes im „Schützenhaus“ zur Gründung einer Zahlstelle. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Gewerkschaftskomitee.

23. Agitationsbezirk (Vorort Vegesack.) Sonntag, 24. November, vormittags 11 Uhr, in Hamburg, Restauration D. Lange, Bartelstr. 5: Vertrauensmänner-Konferenz. Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Fernre Agitation. 4. Verschiedenes. Folgende Zahlstellen werden ersucht, ihre Vertrauensmänner zu entsenden: Elmshorn, Harge, Hannover und Hamburg. — Das Lokal ist am besten zu erreichen vom Hamburger Hauptbahnhof bis Sternschanze (Richtung Altona).

Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

Schriftenmaler auf Emaille-Schilder, welcher in Relief- und Farbschrift eingearbeitet ist, sucht dauernde Stellung. Gest. Offerten unter N. 1908 an die Amelse.

Porzellan- u. Glasmaler, 24 J. alt, sucht für so- fort dauernde Stelle als Maler für bessere Figuren, Landschaften und Wiener Genre in Porzellan, Glas und Emaille. Zuschriften unter G. L. 100 an die Redaktion der „Amelse“.

Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatangelegenheiten beträgt der Preis der 2 gespaltenen Zeilen ober deren Raum 80 Pfennige. Vorauszahlung ist Bedingung.

Alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen. Franz Karl, Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.

Goldschmiedere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere u. alle goldhaltige Sachen kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Prozente frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 82.**

Staubgold * Goldwatte * Glanzgold

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen**

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeföhrt und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **M. Haupt, Dresden-A., Gneisenaustr. 6.**

Goldabfälle, Flaschen etc. werden angekauft und ausgeföhrt bei schneller und reeller Bedienung. **Pinsel** alle Sorten nur bester Qualität. Billige Preise. Streifen- und Borsten-Pinsel zum Goldbrändern. Versandt auch in kleineren Posten empfiehlt **Max König, Kahla S.-A.**

Goldschmiedere sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei pünktlicher, reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau, Sa., Grimmschloßstr. 27.**

Rechnungs-Abschluss

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen pro III. Quartal 1907.

Einnahme	Verbands- kasse		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Kautions- kasse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
An Kassenbestand	11204	21	2816	16	Per Aushilfe an die Zahlstellen	67122	84		
„ Einwendungen der Zahlstellen	55657	71	—	—	„ Unterstüfung an andere Gewerkschaften	100	—		
„ Privatabonnements	229	25	—	—	„ Gerichts- und Rechtsanwaltskosten	291	98		
„ Insertionsgebühren	45	40	—	—	„ Beiträge an die Generalkommission	580	88		
„ Eingefandte Kautionen	—	—	1868	68	„ Kosten des internationalen Kongresses	184	70		
„ Zinsen	675	—	96	—	„ Reisegelder und Diäten	952	95		
„ Verkaufte Wertpapiere	25162	80	—	—	„ Agitation	248	55		
„ Zurückgezahlte Rechtschutzkosten	151	71	—	—	„ Druckkosten der Amelke	2788	80		
Von Gewerkschaftskartellen	40	—	—	—	„ Expeditionsporto	1058	86		
					„ Autorenhonorar	18	—		
					„ Zeitungsabonnement	40	71		
					„ Mobilar u. Utensilien für d. Redaktion	886	75	1892	82
					„ Zurück gezahlte Kautionen	—	—		
					„ Gehälter	8075	—		
					„ Schreibhilfe	785	44		
					„ Sitzungsentfchädigung	282	85		
					„ Entschädigung der Revisoren	18	20		
					„ Porto	485	88		
					„ Bureaubedarf und Material	755	80		
					„ Bureau mobilar und Utensilien	17	—		
					„ Drucksachen	6	—		
					„ Depotgebühren	88	50	2	—
					„ Redaktionsmiete	126	—		
					„ Bureau miete	118	75		
					„ Bureaureinigung	45	85		
					„ Beleuchtung	1	77		
					„ Versicherungsbeiträge	16	64		
					„ Sonstige Ausgaben	1	50		
Summa	98165	58	8775	84	Summa	79887	60	1894	82
					Bestand	18777	98	2881	02
					Summa	98165	58	8775	84

Vermögen	Verbands- kasse		Kautions- kasse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
3% Deutsche Reichsanleihe	165000	—	8000	—
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	—	—	2200	—
Darlehen an den böhmischen Verband	5984	02	—	—
Darlehen an den Verband der Hafnarbeiter	1000	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkasse	13777	98	2881	02
Kassenbestand der Zahlstellen	8767	46	—	—
Summa	194529	46	12581	02

Mitgliederbestand	Am Schluß des		Zugang	Abgang
	1. Quart. 1907	2. Quart. 1907		
Zahlstellen	191	198	2	—
Mitgliederzahl	14522	14799	277	—

Revidiert und für richtig befunden:
 Charlottenburg, den 11. November 1907
 Max Bressen, Paul Feller, Otto Henning.

Charlottenburg, den 30. September 1907.
 Wilhelm Herben,
 Verbandskassierer.